

Initiative gegen das Bürgerbegehren

Heidekreis-Klinikum: Südkreisler machen mobil – „Nein zu Plan D“ – Hermann Norden ebenfalls dabei

wu Soltau/Walsrode. Der Südkreis macht mobil: Eine Initiative wendet sich gegen das Bürgerbegehren in Sachen Heidekreis-Klinikum. Die Aktion „Nein zu Plan D“ setzt sich dafür ein, den Kreistagsbeschluss zur Umstrukturierung der Krankenhäuser umzusetzen – und ruft dazu auf, das Bürgerbegehren nicht zu unterschreiben und bei einem späteren Bürgerentscheid mit Nein zu stimmen.

Nach gut einem halben Jahr heftiger Diskussionen hat der Kreistag Ende Januar einen Klinik-Umstrukturierungsplan beschlossen, die Variante C – gegen den Vorschlag der Gutachter, die dabei neben rein

betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch die höhere Akzeptanz für Variante D betont hatten. Alternative C sieht auch vor, die Kinderklinik in Soltau zu schließen.

Dagegen hat sich im Nordkreis ein parteiübergreifendes Bündnis formiert, das ein Bürgerbegehren organisiert, damit den Kreistagsbeschluss kippen und Plan D in Kraft setzen will.

Dagegen regt sich nun Widerstand aus dem Südkreis, eben die Initiative „Nein zu Plan D“. „Wir machen das, weil es zwei Meinungen gibt“, erläuterte Sprecherin Dr. Stefanie Hahn. Die Initiative „soll eine Informationsplattform sein, kein Nord-

gegen Südkreis“, erläuterte die 45-Jährige, die Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbands Bomlitz ist. Ebenfalls aktiv in der Gruppe: Hermann Norden, der CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende, der ebenfalls aus Bomlitz stammt und sich um die Finanzen der Initiative kümmert.

Lockerer Verbund

Hahn betonte, dass es sich um eine überparteiliche Aktion handle. „Das ist bewusst keine CDU-Initiative“, sagte die Bomlitzern. „Dahinter steht ein lockerer Verbund von unterschiedlichen Menschen.“

Namen könne sie ohne aus-

drückliches Einverständnis der Betroffenen aber nicht nennen. Norden verwies darauf, dass der Hohenhagener Bürgermeister Karl Gerhard Tamke (SPD) dahinterstehe. Auf ihrer Internetseite zitiert die Initiative Südkreis-Bürgermeister, die sich für Plan C aussprechen.

Für die Initiative ist nach eigener Aussage Plan C aus medizinischen und wirtschaftlichen Gründen die sinnvollere Lösung. Die Risiken bei Alternative D seien größer „und damit die Zukunft unserer Krankenhäuser immer unsicherer“.

Mögliche anhaltende Betriebsverluste der Klinik würden den Kreis zum Verkauf zwin-

gen. Ein Investor werde aber langfristig nur profitable Abteilungen erhalten, „die wichtige Grund- und Regelversorgung geht dauerhaft verloren“.

Das Bürgerbegehren sei ein „absolut demokratisches und legitimes Instrument“, betonte Hahn. „Aber wenn eine Seite informiert, muss das die andere auch tun.“ Daher wolle die Initiative erläutern, was hinter dem Zielbild C stecke. Die Gruppe plant am 17. April von 14 bis 17 Uhr einen Informationsstand in Walsrode, Großer Graben/Ecke Moorstraße, und will bei der Veranstaltung Stadtmarketing am 19. April in der Walsroder Stadthalle auftreten. 407866

Klinik: Aufsichtsratschef von Danwitz tritt nicht mehr auf

Schneverdinger Politiker will nur noch Sitzungen leiten – Auf „private Gründe“ verwiesen

wu Soltau. Die „politische Gallionsfigur“ des Heidekreis-Klinikums zieht sich aus der Öffentlichkeit zurück: Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Karl-Ludwig von Danwitz will eine „Auszeit“ für Auftritte nehmen – und in die öffentlichen Diskussionen um die Umstrukturierung des kreiseigenen Unternehmens und das Bürgerbegehren zunächst nicht mehr eingreifen. Das bestätigte der Schneverdinger auf Anfrage der Böhme-Zeitung.

„Ich muss kürzertreten“, begründete er seinen Schritt. „Es gibt Dinge, die wichtiger sind als das Klinikum.“ Genauer wolle er sich dazu nicht äußern, sagte der 52-Jährige, der dem Kreistag seit 1991 und dem Landtag seit 2003 angehört. Er verwies auf „private Gründe“.

Amt nicht niedergelegt

Sein Amt lege er aber nicht nieder und lasse es auch nicht offiziell ruhen. Als Aufsichtsratsvorsitzender werde er zunächst nur noch die nichtöffentlichen Sitzungen leiten – oder

sei dabei, wenn der Aufsichtsrat gemeinsam vor die Presse trete. „An Diskussionen und Informationsveranstaltungen beteilige ich mich nicht mehr.“

Dafür gebe es schließlich andere Ansprechpartner. „Es gibt genug Matadoren, die im Thema sind“, umschrieb von Danwitz die Situation – und verwies beispielhaft auf Landrat Manfred Ostermann und den CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Hermann Norden. „Ich aber trete nicht mehr in Erscheinung.“

„Äußere mich nicht“

Wie lange diese Auszeit dauern soll? Der Schneverdinger wollte sich nicht festlegen. Auch auf seine sonstigen Pläne und seine politische Zukunft – schließlich stehen im Herbst Kommunalwahlen an – wollte er nicht eingehen. Dazu gehört schließlich auch die Frage, ob er im Herbst erneut kandidiere. „Dazu äußere ich mich nicht.“

Dieses „öffentliche Schweigen“ umfasst nach Worten des 52-Jährigen auch den Fragenkatalog zum Klinikum. Der Sol-

tauer Mathias Ernst, einer der Sprecher für das Bürgerbegehren, hatte ihm die zwei Seiten mit elf Fragen überreicht.

Darin geht es beispielsweise darum, warum von Danwitz in Sachen Umstrukturierungs-

plan gegen die Gutachterempfehlung gestimmt hat, warum eine Schließung der profitablen Finkelstein-Kinderklinik in Soltau erforderlich sein soll und warum sich Soltauer Krankenhausmitarbeiter nicht öffentlich

äußern dürfen, ein Walsroder Krankenhausmitarbeiter aber dem Stadtrat in der Lönstadt vorträgt. Er habe Ernst gebeten, diese Fragen an Ostermann und Norden weiterzuleiten, sagte von Danwitz. 408148

Kommentar

Untergetaucht

Von Andres Wulfes

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz will nicht mehr – jedenfalls nicht öffentlich: Der Aufsichtsratsvorsitzende des Heidekreis-Klinikums geht auf Tauchstation und erlegt sich selbst eine Art Schweigegelübde auf – ein merkwürdiger, schwer nachvollziehbarer Schritt, jedenfalls angesichts der derzeitigen heftigen Diskussion um die Zukunft der Krankenhäuser.

Sicher gibt es auch für einen Politiker immer Gründe, mal für eine Weile in die zweite Reihe zurückzutreten. Und jedem

ist es unbenommen, auch mal kürzertreten. Aber solange ein Posten nicht niedergelegt wird, muss er auch ausgefüllt werden – und wenn das nicht geht, muss das nachvollziehbar sein. „Ein bisschen Amt je nach Wetterlage“ – das geht nicht.

Einfach untergetaucht – das mag rechtlich in Ordnung sein. Das Signal – „die Öffentlichkeit interessiert mich nicht, wir diskutieren nicht“ – ist fatal, gerade bei einem kommunalen Unternehmen, das wie ein Krankenhaus von der Akzeptanz der Menschen lebt. Von Danwitz als Politprofi, der seit Jahren auf der Landesbühne

als Vollzeitpolitiker agiert, sollte genau das wissen.

Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums, das ist gerade angesichts der Debatten keine leichte Aufgabe, kein Frühstücksdirektorenposten. Umso wichtiger ist es, dass diese Aufgabe auch öffentlich ausgefüllt wird, dass Veränderungen diskutiert und vor allem erklärt werden. Denn die bisherigen Diskussionen haben deutlich gezeigt: In der Öffentlichkeitsarbeit haben die Verantwortlichen nicht gerade ein glückliches Händchen bewiesen. Mit der „Tauchstation“ setzt sich das fort.